

Aus eigener Tasche bezahlt – jede Unterstützung ist willkommen



13.05.2026 – Ausgabe der Volle Lading Groep

S. 5

Seeleu te im Krieg



Das größte Geheimnis der Niederlande

S. 8

FNV stellt Ultimatum Streik im öffentlichen Auch die Nahverkehr Häfen stillgelegt?

Am 31. März beschlossen die Hafendarbeiter in Rotterdam, (mindestens) fünf Tage lang gegen die Regierung zu streiken. Sie riefen

andere Branchen dazu auf, diesem Beispiel zu folgen.

Die Vorstände von FNV, CBV und VCP stellten der Regierung am 11. März

ein Ultimatum: Wenn die

Sollten die Pläne zum Abbau der sozialen Sicherheit nicht bis zum 25. Mai vom Tisch sein, werden

Ende Mai kollektive Gewerkschaftsmaßnahmen folgen,



so heißt es im Ultimatum. Am 1. Mai kündigte die FNV an, dass der öffentliche Nahverkehr Mitte Juni lahmgelegt wird. Wann genau und für wie lange, ist noch unklar. Die Kürzungen bei den Sozialleistungen müssen zurückgenommen werden, sagte Gewerkschaftsführer Henri Jansen: *„Wenn das nicht geschieht, werden wir im Juni streiken und sowohl landesweit als auch regional werden Züge, Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen stillstehen.“* Klare Worte. Eine Umfrage unter den NS-Mitarbeitern ergab, dass die Streikbereitschaft sehr groß ist.

Es erscheint logisch, dass sich die Hafearbeiter dem anschließen und ebenfalls die Arbeit niederlegen. Aktive Hafearbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre können ab sofort daran arbeiten, unter den Kollegen und in der Gewerkschaft. Die Pläne der Regierung können nur gestoppt werden, wenn verschiedene Sektoren gemeinsam in den Kampf ziehen.

Regierung auf Kollisionskurs

Die Regierung hat ein paar kleine Zugeständnisse gemacht, doch die Grundzüge der rechtsradikalen Politik bleiben bestehen. Sie ist rechtsradikal, weil sie die Errungenschaften und die Kaufkraft der arbeitenden Menschen hart angreift, um den Interessen der Großkapitalisten zu dienen. Die Antwort muss radikal links sein: radikal für den Ausbau der Errungenschaften der arbeitenden Menschen und ihrer Kaufkraft.

Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung werden abgebaut und die Abgaben erhöht. Das geschieht, um Mittel für die Erhöhung der Militärausgaben freizumachen. Überall auf der Welt bereiten sich die Großkapitalisten auf den Krieg vor. Kriege um Einflussphären, Rohstoffe und strategische Gebiete. Sie alle wollen einen größeren Anteil am Kuchen. Krieg, weil die Profite



Fortsetzung – FNV-Ultimatum und Streik im öffentlichen Nahverkehr

Hunger der Großkonzerne dies verlangt.

Als ob das noch nicht genug wäre, wird auch nichts gegen die Wohnungsnot unternommen, wird der Umweltschutz immer weiter abgebaut und werden die rassistischen Asylgesetze der PVV in der einen oder anderen Form durchgesetzt – das ist rechte Politik. Linke Politik bedeutet, gegen die Großkapitalisten und ihre Regierung zu kämpfen, die uns unser Einkommen stehlen und unsere erworbenen Rechte abbauen.

Radikal linke Antwort

Eine wirklich linke Antwort kann sich nicht darauf beschränken, von der Regierung zu fordern, nicht bei den Sozialleistungen zu sparen. Die Erfahrung lehrt uns, dass die Gewerkschaftsspitzen früher oder später einen „Polder-Kompromiss“ schließen, bei dem es doch zu Kürzungen kommt. Auf diese Weise hat der stetige Abbau der letzten Jahrzehnte Gestalt angenommen. Es sind offensive Forderungen nötig, und es darf nicht nur um die Sozialleistungen gehen. Warum sollten wir uns auf den Kampf gegen den Abbau der Sozialleistungen beschränken – auch der Rest der Abbaupolitik muss vom Tisch. Nicht nur das: Wir wollen Verbesserungen, es gibt genug Geld, es steckt nur in den falschen Taschen. Weg mit der Regierungspolitik, weg mit der Regierung. Weg auch mit dem Kapitalismus: Der ewige Kampf gegen den Abbau ist ein

Sackgasse. Solidarität, die Interessen der Arbeitenden an erster Stelle, eine Gesellschaft, in der jeder seinen Beitrag leisten kann, in der die Arbeitenden frei sind: Sozialismus!

- Weg mit der Regierung!
- Das Rentenalter muss gesenkt statt angehoben werden. Hände weg vom Gesundheitswesen und die Sozialleistungen Mindeststundenlohn von 18 Euro Besteuert die Reichen und die Großunternehmen
- Abschaffung der Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen Kostenlose häusliche Pflege und Pflegeheime für alle, die sie brauchen
- Senkung der Wohnkosten Bau von bezahlbarem Wohnraum
- Stoppt die Kriegsvorbereitungen Stoppt die Militarisierung der Gesellschaft Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter Für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern
- Lasst die Umweltverschmutzer zahlen Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft
- Gesetzlich unbegrenztes Streikrecht Unbeschränktes Demonstrationsrecht – Verbot faschistischer



Ausschreibungen für **Kriegstransporte** Unternehmen denken nur an den Profit

So wie Bienen auf Honig zustürmen – oder sollten wir besser sagen: so wie Geier auf Aas zustürmen –, so strömten Transportunternehmen zur ersten großen Ausschreibung des Verteidigungsministeriums für Straßentransporte. Der kleine Saal in der Kaserne in Huis ter Heide ist Anfang April bei der ersten Informationsveranstaltung bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Ausschreibung hat einen Wert von maximal 330 Millionen Euro. Unternehmen können sich bis zum 16. Juni bewerben. Es geht um Tieflader und Fahrer für einen Zeitraum von maximal zehn Jahren. Für Übungen (2000 Fahrten pro Jahr) und für den Krieg (300 Tieflader). Die Unternehmen erhalten eine Vergütung für die erbrachten Dienstleistungen und in Krisenzeiten eine Entschädigung für die kommerziellen Arbeiten, die dann nicht mehr durchführbar sind.

„Wir arbeiten nicht für den Krieg“

Wo die Unternehmen denken: „Wir verdienen gerne am Krieg“, sollten die Arbeiter als Grundsatz haben: „Wir arbeiten nicht für den Krieg“. Diese Kriege dienen lediglich den Interessen der Großkapitalisten auf beiden Seiten der Frontlinie. Die arbeitende Bevölkerung hat dabei nichts zu gewinnen; bei den imperialistischen Kriegen, die derzeit geführt werden, sind die Arbeiter auf beiden Seiten der Frontlinie die Opfer. Arbeiter dürfen nicht auf andere Arbeiter schießen. Später in diesem Jahr beginnen die Ausschreibungen für Transport, Container, Massengut, Munition, Personenbeförderung, Lebendvieh, Hebe- und Stuarbeiten. Personal, Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte im Hafen können sich dagegen wehren.

- Stoppt die Militarisierung des Hafens
- Keine Aufträge des Verteidigungsministeriums für die

Hafenunternehmen! 4

Unsichtbare Kriegsopfer Solidarität mit Seeleuten

Wir hören nicht viel davon, aber auch die Seeleute im Persischen Golf sind Opfer des Krieges der USA und Israels gegen den Iran. Sie sitzen im Kriegsgebiet fest, da eine sichere Durchfahrt durch die Straße von Hormus für die meisten Schiffe nicht möglich ist. Zu Beginn des Krieges ließ der Iran zwar spärlich Schiffe aus „befreundeten Ländern“ durch. Doch nun, da auch die USA die Straße von Hormus blockieren, können die Schiffe nirgendwo hin. Laut der IMO (Internationale Seeschiffahrtsorganisation, Teil der UNO) saßen Anfang Mai 1500 Schiffe und 20.000 Besatzungsmitglieder fest.

Zielscheibe an Bord und in den Häfen

Einige (Arbeits-)Schiffe sind in Häfen von Bahrain und Dubai eingelaufen, um Besatzungsmitglieder nach Hause zurückkehren zu lassen, doch das kann eine gefährliche Operation sein, da auch die Häfen und Flughäfen Ziele sind. Die Reeder wollen auf den Schiffen eine minimale

Besatzung auf den Schiffen aufrechterhalten, sodass die meisten Seeleute (vor allem diejenigen unter Billigflagge) gezwungen sind, auf dem Schiff zu bleiben.

Es beginnt, der Situation während der Corona-Pandemie zu ähneln, als die meisten Besatzungen ebenfalls nicht abgelöst wurden.

Das Leben an Bord ist stressig. Es besteht ständig die Gefahr, dass das Schiff angegriffen wird. Auf einem thailändischen Schiff gab es drei Tote. Oft spielen Reeder auch mit dem Leben der Besatzungsmitglieder. CMA CGM versuchte, mit der Everglade zu entkommen, indem sie den Transponder ausschaltete. Das Schiff wurde vom Iran beschossen. Auch MSC wies eine Reihe von Schiffen an, abzulegen. Als Vergeltungsmaßnahme beschlagnahmte der Iran die MSC Francesca und die Epaminondas (ebenfalls von MSC). Sie liegen nun in iranischen Häfen. Ein iranisches Schiff wurde im Golf von Oman von den USA beschossen: Es wurde ein Loch in den Maschinenraum geschossen und das Schiff wurde besetzt. Die Gewinne der Reeder stehen über den Lohn der Seeleute.

Grundlagen „De Volle Lading“

1. Mit offensiven Forderungen setzen wir uns für die Interessen der Hafearbeiter und der Jugend ein, die im Hafen arbeiten wird.
2. Wir helfen dabei, den Kampf für diese Interessen zu organisieren, unter anderem durch die vierwöchentliche Ausgabe von „De Volle Lading“.
3. Wir arbeiten demokratisch. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Freunde, die den Kampf der Hafearbeiter unterstützen, sind willkommen.
4. Wir setzen uns für Gewerkschaften ein, die kämpferisch und demokratisch für die Interessen der Arbeiter eintreten.
5. Wir sind unabhängig, auch finanziell. Wir nehmen finanzielle Beiträge nur an, wenn sie ohne Bedingungen gewährt werden.
6. Wir sind offen für Ideen zu einer anderen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen – das gibt unserem Kampf die Richtung vor.
7. Wir setzen uns für die Stärkung der internationalen Solidarität der Hafearbeiter ein.

Unterstützen Sie De Volle Lading

Über diesen QR-Code können Sie einen Betrag als Unterstützung überweisen. Vielen Dank im Voraus!



„De Volle Lading“ ist eine Veröffentlichung der „De Volle Lading“-Gruppe – von Kollegen für Kollegen im Hafen. Bei „De Volle Lading“ kannst du lernen, gegen Ungerechtigkeit und gegen die Ursache der Ungerechtigkeit zu kämpfen: den Kapitalismus. Und wirf gerne etwas Geld als Unterstützung in den Topf. „De Volle Lading“ läuft ohne Subventionen – denn wir wollen unabhängig bleiben.

www.vollelading.nl

info@vollelading.nl

Telefon: **06-42492000**

06-40393842

Wer „De Volle Lading“ alle vier Wochen kostenlos per E-Mail erhalten möchte: Senden Sie diese Anfrage bitte an **info@vollelading.nl**

NL54INGB0004428359 unter Angabe von „DVL“

Ein Vorstandsmitglied von Nautilus (der Gewerkschaft der Seeleute) berichtete der Zeitung „Nieuwsblad Transport“, dass es der Besatzung auf niederländischen Schiffen verboten ist, mit anderen über ihre Situation zu sprechen. Er berichtete auch, dass sich die Versorgungslage auf vielen Billigflaggen-Schiffen verschlechtert.

Trumps Bluff

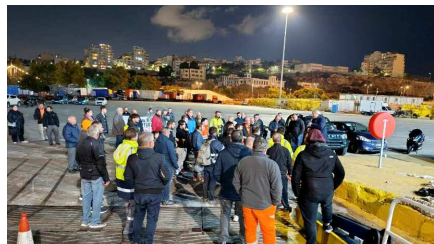
Trump kündigte am 4. Mai das „humanitäre“ Projekt Freedom an: Mit mehr als 100 Flugzeugen und 15.000 Soldaten würden die USA die Schiffe sicher durch die Straße von Hormus lotsen und so dem Iran sein Machtinstrument entziehen. Sie halfen vor allem einigen Schiffen, die für die Amerikaner auch Militärtransporte durchführen, wie der Alliance Fairfax von Maersk. Während dieser Operation wurde die CMA CGM San Antonio von Iran angegriffen. Einige Container wurden beschädigt. Trump teilte kurz darauf mit, dass das „Project Freedom“ eingestellt werde, da „die Verhandlungen in die richtige Richtung gehen“.

Solidarische Aktion

Für die Kriegsparteien und die Reeder sind die Besatzungen unbedeutende Figuren in ihrem Schachspiel um Einfluss

und Gewinne. Nur die Seeleute und ihre solidarischen Kollegen können für ihre Sicherheit sorgen. PENEN (Gewerkschaft der griechischen Seeleute) ging am 5. März mit gutem Beispiel voran. Damals legten die Seeleute, die zwischen dem griechischen Festland und den griechischen Inseln verkehren, für einen Tag die Arbeit nieder. Sie demonstrierten vor dem Schifffahrtsministerium und dem Gebäude der griechischen Reeder.

Der Streik richtete sich gegen die griechische Regierung, die militärische Mittel in das Kriegsgebiet schickt, und gegen die Reeder, die Seeleute in Kriegsgebiete entsenden. So setzt man sich für die Sicherheit der Kollegen ein: nicht durch Bewaffnung, sondern durch Widerstand gegen den Krieg. Am selben Tag schloss PENEN eine Vereinbarung mit den Reedern, wonach jeder Seemann, der dies wünscht, repatriert wird und eine Entschädigung in Höhe von zwei Monatsgehältern erhält. Ein Beispiel, das Nachahmung verdient.



Das größte Geheimnis der Niederlande

Die Tradition des 1. Mai gewinnt in den Niederlanden an Bedeutung. Auch weltweit steigt die Zahl der Menschen, die den 1. Mai zu ihrem Kampftag machen. Der Tag der Arbeiter, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, wird von der herrschenden Klasse so weit wie möglich unter den Teppich gekehrt.

In Amsterdam nahmen etwa 18.000 Menschen an der FNV-Demonstration teil – die größte aller Zeiten. Es wurde zum größten Geheimnis der Niederlande, denn in den Medien wurde darüber völlig geschwiegen. Ja, ein paar Bilder in den Spätnachrichten der NOS, nur pro forma.

Dass es eine Arbeiterklasse gibt, deren Interessen den Interessen der Großkapitalisten zu 100 % entgegenstehen: Das darf nicht bekannt werden. Dass der effektive Arbeiterkampf solidarisch und internationalistisch ist, muss durch den Egoismus und Chauvinismus der Rechten begraben werden.

Die 18.000 Demonstranten bei der FNV-Demonstration sahen das anders. Es war die höchste Teilnehmerzahl, die es je bei einer 1.-Mai-Demonstration gab, seit die FNV diese organisiert. Vor allem auch, weil die Wut über die Pläne der Regierung groß ist, genauso groß wie der Wille,

dagegen zu kämpfen. Weg mit den Kürzungen bei den Sozialleistungen und im Gesundheitswesen!

Wenn es nach der Regierung geht, landet jeder Arbeitslose und Arbeitsunfähige in kürzester Zeit in der Sozialhilfe, muss man arbeiten, bis man stirbt, werden Pflegeheime geschlossen, wird die Selbstbeteiligung erhöht und die Haushaltshilfe abgeschafft – und das alles, um unsere Jugendlichen in einen ungerechten Krieg zu schicken.

In Rotterdam demonstrierten am Abend etwa 250 Menschen. Mit Transparenten, Schildern, Fahnen und Parolen war es eine besonders kämpferische und lebhaft Demonstration. Es wurde ein Zusammenhang zwischen den Sparmaßnahmen und den Kriegsvorbereitungen hergestellt: Alle europäischen Länder sparen, um die Militärausgaben erhöhen zu können. Europa will auch militärisch mit anderen Imperialisten wie den USA, China und Russland konkurrieren.

„Der Krieg ist für die Reichen, die Armen bezahlen die Waffen und liefern die Leichen“, hieß es in der Rede, die im Namen von „Rote Morgen“ gehalten wurde. Und: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter.

Für den Frieden, für den Sozialismus

